

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 18/2665 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Erstmals würdigt ein Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit die Leistung der Ostdeutschen, sich nach dem Mauerfall in einer neuen Lebenswirklichkeit zurechtzufinden und über Jahrzehnte tiefgreifenden gesellschaftlichen und persönlichen Umwälzungen ausgesetzt zu sein. Besonders hervorzuheben ist der Hinweis darauf, dass die Ostdeutschen den ungleich größeren Teil der Veränderungen sowie ihrer Folgen zu tragen haben und daraus eine besondere ostdeutsche Transformationserfahrung hervorgeht. Außerdem erkennt der Jahresbericht erfreulicherweise in gleichermaßen wertschätzender Weise sowohl die kulturellen Prägungen von Ostdeutschen als auch Westdeutschen an. Ebenso zum ersten Mal stellt ein Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit fest, dass viele Menschen in Westdeutschland die enorme Anpassungsleistung und Umwälzungserfahrung der Ostdeutschen nicht nachvollziehen können und dass die innere Einheit Deutschlands noch des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung bedarf.
 2. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall gibt es immer noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Die Arbeitslosigkeit ist zum Vorjahr nahezu unverändert hoch, der wirtschaftliche Abstand bleibt gleich und die ostdeutschen Löhne und Gehälter entsprechen seit rund 20 Jahren nur 80 Prozent des Westniveaus. Wirtschaftlich ist der gesamte Osten selbst hinter den schwächsten westdeutschen

Bundesländern weit zurückgeblieben. Während es in wenigen westdeutschen Bundesländern sehr vereinzelt kleinere strukturschwache Gegenden gibt, sind ausnahmslos alle ostdeutschen Länder großflächig von wirtschaftlicher Schwäche betroffen.

3. Der Jahresbericht enthält keine Verbesserungsvorschläge zum Erreichen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Einheit, die über die bereits vorhandenen und häufig ernüchternd wirkungslosen Programme und Vorhaben hinausgehen. Gegenüber den immer noch bestehenden Benachteiligungen der Ostdeutschen wie beispielsweise im Rentenrecht sowie gegenüber der oft weit unterproportionalen Beteiligung Ostdeutschlands an gesamtdeutschen Förderprogrammen zeigt sich der Bericht ignorant.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. schnellstmöglich einen Aktionsplan zum gesellschaftspolitischen Zusammenwachsen vorzulegen, dessen Maßnahmen nicht nur sachlich über die Bundesrepublik Deutschland vor dem Mauerfall und die DDR, sondern auch über die aktuelle Transformationsphase informieren und zum Diskutieren über die Definition von gleichwertigen Lebensverhältnissen und Deutscher Einheit sowie zum selbstbewussten Mitgestalten durch die Menschen einladen, den ostdeutschen Erfahrungsvorsprung bei der Bewältigung von Transformationsprozessen gesamtdeutsch besser nutzen lassen und insbesondere die Menschen in den westdeutschen Ländern für die innere Einheit gewinnen und somit zu gegenseitiger Anerkennung beitragen sollen;
2. ein Programm zur Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus im Osten an das des Westens auf den Weg zu bringen sowie einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem unter zeitweiliger Beibehaltung der Umrechnung der Entgelte in Ostdeutschland der aktuelle Rentenwert (Ost) mit Hilfe eines steuerfinanzierten Stufenmodells bis 2017 an den aktuellen Rentenwert angeglichen wird sowie die diskriminierenden Wirkungen des Rentenüberleitungsgesetzes korrigiert und die Überführungslücken geschlossen werden;
3. den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit ab 2015 mit einem durch ein externes, internationales und generationenübergreifendes Gremium von Expertinnen und Experten erstellten Teil mit zukunftsweisenden innovativen Strategien und Vorschlägen zur Herstellung der Deutschen Einheit, die über das Fortführen bekannter Vorhaben hinausgehen, zu versehen und
4. eine Gesetzesfolgenabschätzung, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und auf die strukturschwachen westdeutschen Gegenden unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht, und eine langfristige Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West in Form eines Solidarpakts III sowie eine Beteiligungsquote für Ostdeutschland einzuführen.

Berlin, den 7. Oktober 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion